

Frankreich bangt um den Eiffelturm

Das Pariser Wahrzeichen droht zu verrotten – Alles nicht so schlimm?

Von Katharina Schröder

Paris. Er ist mehr als 300 Meter hoch, er wiegt über 10 100 Tonnen und er wird von zweieinhalb Millionen Nieten zusammengehalten: der Eiffelturm. Grande Nation, großes Gebäude. Das Wahrzeichen ist weltweit zum Symbol für die französische Hauptstadt geworden, es gibt nur wenige Gebäude mit einer derartigen Bekanntheit. Paris ohne Eiffelturm – unvorstellbar. Doch der Lack ist ab, und das im wahrsten Sinne des Wortes. „Wir haben Notre-Dame brennen sehen, werden wir den Eiffelturm fallen sehen?“, fragt das französische Magazin „Marianne“ in einem kürzlich erschienenen Artikel – und bezieht sich auf vertrauliche Berichte. Demnach ist das Wahrzeichen der Nation in äußerst schlechtem Zustand, der Rost setzt ihm zu, schon seit dem Jahr 2010 sei – vertraulich – vor dem wahren Ausmaß der Schäden gewarnt worden.

Die Reaktion der Betreibergesellschaft? Stets dieselbe: Statt einer aufwändigen Reparatur bekam der Turm immer wieder einen neuen Anstrich. Vor den nahenden Olympischen Sommerspielen 2024 in Paris wird der Turm erneut fein herausgeputzt. Er erhält seinen 20. Anstrich. Übereinander! Kostenpunkt: rund 80 Millionen Euro. Das ewige Überlackieren anstelle einer Komplettreparatur dürfte auch mit den Einnahmehinbußen für die Dauer einer Sanierung zusammenhängen. Denn schon seit den 1960er Jahren besichtigen massenweise Touristen das Wahrzeichen. In den vergangenen Jahren waren es rund sieben Millionen Besucher aus aller Welt jährlich. Die Eintrittskarten kosten zwischen 17 und 27 Euro. Mehr als 50 Millionen Euro Einnahmen werden allein aus dem Ticketverkauf für die Sehenswürdigkeit generiert. Plus Tantiemen für Souvenirs.

Der Turm war von Anfang an Aufreger. Errichtet anlässlich der Weltausstellung in Paris 1889 ist das außergewöhnliche Gebäude nach seinem Erbauer Gustave Eiffel benannt. Schon der hat damals

laut „Marianne“ vor Rost gewarnt, und das, obwohl das Gebäude ursprünglich nur für eine Dauer von 20 Jahren konzipiert war. Das wichtigste sei, so zitiert das Magazin den Ingenieur, das Ansetzen von Rost zu verhindern. Das schlug wohl fehl.

Prof. Dr. Dietmar Hüser, Inhaber des Lehrstuhls für Europäische Zeitgeschichte der Universität des Saarlands mit Schwerpunkt Frankreich, relativiert: „Die Diskussion um den Zustand des Eiffelturms ist keine neue. Es gibt auch Berichte, die sagen, dass die Lage nicht so dramatisch ist.“ Außerdem sei diese Diskussion auch immer eine politische. Nach ihrem schlechten Abschneiden bei der Präsidentschaftswahl stehe die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, unter Druck. Die Betreibergesellschaft des Eiffelturms gehört zu 99 Prozent der Stadt Paris. Hidalgo ist schon seit 2014 Bürgermeisterin, trägt demnach also Mitverantwortung für den schlechten Zustand des Nationalsymbols.

Neuer Anstrich statt Sanierung

Und eine politische Dimension hatte der Eiffelturm laut Hüser von Beginn an. „Es ist ein ungewöhnliches Gebäude, und es war eine große Kraftanstrengung, so etwas in ein paar Jahren zu bauen.“ Mit der Eröffnung des Gebäudes zur Weltausstellung sei er „gewissermaßen eine Antwort an die Weltausstellung in Großbritannien 1851“ gewesen. „Man wollte zeigen: Auch Frankreich ist jetzt in der technischen Moderne angekommen.“ Denn eigentlich stand Großbritannien für die industrielle Revolution. Frankreich „war stolz auf das, was man geleistet hat.“

Hinzu komme, dass 1889 nicht irgendein Jahr war. Die Französische Revolution jährte sich zum 100. Mal. „Der Eiffelturm ist ein Symbol für die etablierte Republik, dafür, dass sie sich gegen die Kräfte der extremen Linken und extremen Rechten durchgesetzt hat“, erklärt der Historiker. Dieses Bewusstsein gebe es in Frankreich unter den politischen Akteuren und geschichtsbewussten Menschen noch immer, meint Hüser. „Ein Einsturz des Eiffelturms wäre hoch politisch.“



Der Eiffelturm ist Frankreichs Nationalsymbol. Seit mehr als 130 Jahren fasziniert das Wahrzeichen in Paris die Menschen. Foto: dpa

Windkraft-Ausbau an Land stockt

Baden-Württemberg und Bayern Schlusslichter

Berlin. (dpa) Ein stagnierender Ausbau bei Windrädern an Land setzt die Branche wirtschaftlich zunehmend unter Druck. Verbände forderten die Politik am Donnerstag auf, dringend weitere Reformen auf den Weg zu bringen. Genehmigungsverfahren müssten verkürzt werden. Bereits beschlossene Maßnahmen, damit mehr Flächen für Windräder ausgewiesen werden, müssten schnell wirken.

Im ersten Halbjahr 2022 wurden in Deutschland 238 neue Windräder mit einer Leistung von zusammen 977 Megawatt installiert – in etwa so viel wie im Vorjahreszeitraum. Das teilten der Bundesverband Windenergie und der Fachverband VDMA Power Systems mit. Um die Ausbauziele erreichen zu können, werde aber das fünffache Volumen benötigt. Weil auch alte Anlagen stillgelegt wurden, lag der sogenannte Netto-Zubau im ersten Halbjahr bei 878 Megawatt, etwas mehr als im Vorjahresvergleich.

Beim Ausbau im ersten Halbjahr gab es ein starkes Gefälle unter den Bundesländern. Vier Länder sorgten für 80 Prozent des Volumens: an der Spitze stand Schleswig-Holstein, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Niedersachsen. Der Zubau habe nur in 62 von 294 Landkreisen stattgefunden, sagte Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands Windenergie. Das macht auch deutlich, welche Flächenpotenziale sich ergeben, wenn alle Landkreise mitmachen. Albers sagte, ein Nord-Süd-Gefälle bereite der Branche seit Jahren große Sorgen.

Insbesondere Bayern und Baden-Württemberg mit einer sehr starken Industrie hätten eine starke Strom-Nach-

Branche fürchtet Billiganbieter aus China

frage. „Wir befürchten eine Versorgungslücke, wenn nicht die Ministerpräsidenten sich aktiv zum Ziel der Bundesregierung der Flächenausweisung von 2 Prozent bekennen“, sagte Albers.

Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Stromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 Prozent zu steigern. Derzeit liegt er knapp unter 50 Prozent. Um das Ziel zu erreichen, sollen 2 Prozent der gesamten Bundesfläche an Land für Windräder ausgewiesen werden, das ist mehr als eine Verdoppelung. Die Länder werden nun gesetzlich verpflichtet, mehr Flächen bereitzustellen.

Laut Albers liegt die durchschnittliche Genehmigungsdauer für ein Windrad bei 60 Monaten. Die Branche fordert, dass dies deutlich verkürzt wird. Die geringe Ausbaudynamik in den vergangenen Jahren hat die Probleme der Branche verschärft. Grund sind auch Kostensteigerungen und ein Wettbewerbsdruck durch günstigere Anbieter etwa aus China.

Die Branche sei unter Druck geraten, sagte Dennis Rendschmidt, Geschäftsführer von VDMA Power Systems. So hatte der Windkraftanlagen-Hersteller Nordex angekündigt, seine Rotorblatt-Fertigung in Rostock zu schließen. Eine Kombination aus einem „Kostensenkungswettbewerb“ und einer unzureichenden Marktdynamik „sei brandgefährlich“, sagte Rendschmidt. Notwendig sei ein verlässlicher Ausbau von Windrädern in Deutschland. In der gesamten Branche seien Tausende Jobs gefährdet, wenn es kein „Aufwärts“ gebe, so Rendschmidt.

NACHRICHTEN

Baerbock bereist Deutschland



Außenministerin Annalena Baerbock ist zu einer Deutschlandreise aufgebrochen, um Anregungen für eine nationale Sicherheitsstrategie zu sammeln. Darin solle es auch um das Sicherheitsgefühl des Einzelnen gehen, sagte die Grünen-Politikerin in Rostock, wo sie sich eine Seemine hat zeigen lassen (Foto: dpa). „Wir wissen, dass Sicherheit immer auch etwas ganz persönliches bedeutet.“

Mali setzt UN-Rotationen aus

Nach dem Eklat um die Verhaftung von Wachtruppen für die UN-Mission in Mali hat die Militärregierung des westafrikanischen Landes sämtliche Wechsel der internationalen Einsatzkräfte ausgesetzt. Mit sofortiger Wirkung dürfe es weder beim Militär noch bei der Polizei im Rahmen der UN-Mission Minusma einen Austausch des Personals geben, so das Außenministerium in Bamako am Donnerstag.

178 000 Menschen in Unterkünften

In Deutschland leben etwa 178 000 wohnungslose Menschen in Not- und Gemeinschaftsunterkünften. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sind knapp zwei Drittel der Untergebrachten Männer, gut ein Drittel Frauen. 37 Prozent sind jünger als 25 Jahre, knapp fünf Prozent 65 Jahre alt oder älter. Familien oder Alleinerziehende mit Kindern machen 46 Prozent der Fälle aus.

Iraner in Schweden verurteilt

In Schweden ist ein 61 Jahre alter Iraner wegen der Beteiligung an Massenhinrichtungen politischer Gefangener zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Bezirksgericht Stockholm kam zu dem Urteil, dass der Mann 1988 an schweren Verbrechen gegen das Völkerrecht sowie als Mord eingestuft Straftaten beteiligt war. Demnach führte er Häftlinge in seinem Heimatland auch zur Hinrichtungsstätte.

Sozialverbände gehen Habeck an

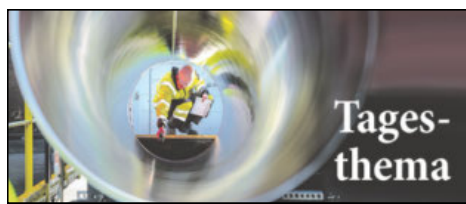
Privathaushalte sollen bei Gasknappheit priorisiert werden – „Politischer Brandherd“

Von Stefan Fuhr

Berlin. Die Infragestellung des Gas-Vorrangs für private Haushalte durch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) stößt auf scharfe Kritik bei Sozialverbänden und Gewerkschaften. Die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele, sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Donnerstag), gerade Familien mit kleinen Kindern, Menschen mit einer Behinderung sowie ältere, chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen seien auf eine sichere Versorgung mit Gas angewiesen. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz warf Habeck vor, Kranke und Pflegebedürftige zu verunsichern.

Bentele erklärte: „Es geht um elementare Bedürfnisse, wie eine warme Mahlzeit, warmes Wasser oder ein warmes Zimmer, und nicht um Luxusgüter, auf die sich leicht verzichten lässt.“ Die EU habe „aus gutem Grund“ die ge-

setzliche Regelung getroffen, Privathaushalte im Fall der Gasknappheit besonders zu schützen, erklärte sie. „An der Priorisierung der Privathaushalte darf nicht gerüttelt werden.“ Die Bundesregierung setze sonst die Gesundheit von Menschen „aufs Spiel“.



Der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, betonte am Donnerstag, wer tatsächlich Gas im Winter bekomme, dürfe nicht ein Bundesminister entscheiden. „Der Bundestag ist gefordert, die Frage der Priorisierung allgemeingültig zu klären“, sagte Brysch der „Neuen Osnabrücker Zei-

tung“ (Donnerstag). Nur so könne der Verunsicherung in der Bevölkerung entgegengetreten werden.

Ver.di-Chef Frank Werneke kritisierte ebenfalls die Überlegungen Habecks. „Es gibt klare europaweite gesetzliche Regelungen: Zuerst sind die Privathaushalte, Schulen, Krankenhäuser und so weiter mit Gas zu versorgen“, sagte Werneke dem „Redaktions Netzwerk Deutschland“ (Donnerstag). „Wer daran rüttelt, wie aktuell der Bundeswirtschaftsminister, legt einen politischen Brandherd“, betonte der Gewerkschaftschef. „Ich bin sehr dafür, Energie zu sparen, aber das muss freiwillig geschehen.“

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte die bisher vorgesehene Priorisierung von Verbrauchern gegenüber der Industrie im Falle einer Gasknappheit infrage gestellt. Hintergrund sind Sorgen vor einem Totalausfall russischer Gaslieferungen.

Wissenschaft oder Propaganda?

Humboldt-Universität holt umstrittenen Vortrag über Geschlecht und Gender nach – Studierende erneuern Kritik an Biologin Vollbrecht

Von Verena Schmitt-Roschmann

Berlin. Die Streichung eines Vortrags über Geschlecht und Gender an der Berliner Humboldt-Universität (HU) hat Anfang Juli eine hitzige Debatte ausgelöst. Am Donnerstag wurde der Vortrag nun nachgeholt. Alles blieb ruhig. Hintergründe:

> **Der abgesagte Vortrag:** Der Vortrag „Geschlecht ist nicht (Ge)schlecht, Sex, Gender und warum es in der Biologie zwei Geschlechter gibt“ der Biologin Marie-Luise Vollbrecht war für die Lange Nacht der Wissenschaften an der Humboldt-Universität geplant. Nach einem Protestaufruf des „Arbeitskreises kritischer Jurist*innen“ sagte die Uni die Präsentation aus Sicherheitsgründen ab. Später beschrieb sie ihre These: „Das biologische Geschlecht ist binär, es gibt männliche und es gibt weibliche Menschen. Wir werden männlich oder weiblich geboren und behalten unsere geschlechtliche Zugehörigkeit bis zum Ende des Lebens.“



Biologin Vollbrecht bei ihrem Vortrag am gestrigen Donnerstag. Foto: dpa

> **Die Vortragende:** Die 32-jährige Doktorandin wurde Anfang Juni als Co-Autorin eines Beitrags in der „Welt“ unter dem Titel „Wie ARD und ZDF unsere Kinder indoctrinieren“ bekannt. Die Autoren schreiben, die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zielt „darauf ab, den Forderungen von Trans-Lobbygruppen Gehör zu verschaffen, denen zufolge man das biologische Ge-

schlecht wechseln könne“. Das sei eine „bedrohliche Entwicklung“. „Es kann nicht angehen, dass eine kleine Anzahl von Aktivist*innen mit ihrer 'woken' Trans-Ideologie den Rundfunk unterwandert“, hießes.

> **Die Kritik:** Der Beitrag löste heftige Reaktionen aus. Ausführlich legt dies eine Stellungnahme der HU-Studierendenvertretung dar. Diese beklagt die Diskriminierung von „trans-, inter- und nichtbinären Personen (kurz TIN*)“ und nennt Vollbrecht eine „TIN*-feindliche Person“.

Sie solidarisierte sich mit „einer Bewegung, welche die Existenz von TIN*-Personen leugnet“. Dieses spreche sich unter anderem gegen den Zugang von Transpersonen zu Räumen für Frauen aus. Vollbrecht sagte dazu: „Wenn ich als Frau nicht in der Situation kommen will, dass mir in der Umkleidekabine ein Individuum mit Penis begegnet, dann ist das mein gutes Recht.“

> **Die Kritik an der Kritik:** Die HU habe der Wissenschaftsfreiheit einen Bären-

dienst erwiesen, sagte der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Bernhard Kempen. „Wissenschaft lebt von Freiheit und Debatte“, sagte Ministerin Stark-Watzinger (FDP). „Das müssen alle aushalten.“ Medien sprachen von einem „krassen Fall von Cancel Culture“.

> **Verhärtert:** Vollbrecht äußerte Verständnis für Bedenken der Uni, schrieb aber auch: „Biologen, die versuchen, über Zweigeschlechtlichkeit aufzuklären, (werden) regelmäßig angefeindet. Die Frage nach Geschlecht und die biologische Zweigeschlechtlichkeit ist längst zu einem Kriegsschauplatz des Kulturkampfes geworden.“ Die Biologin beruft sich ihres Erachtens auf rein wissenschaftliche Erkenntnisse. Das tun aber auch ihre Kritiker. So schrieb die Studierendenvertretung: „Die Wissenschaftsfreiheit ist kein Mantel für die Verbreitung von menschenverachtenden Ideologien und gegen Akzeptanz wissenschaftlicher Erkenntnisse gerichteter Propaganda.“